

██████████
Menden

Jobcenter Märkischer Kreis
Menden
Neumarkt 5
Fax.: 02373 917-2499
02371 905-799

10.11.2019

Antrag auf Leistungen nach den SGB II
Akteneinsicht/Informationsgesetz
hilfsweise Überprüfungsantrag gem. § 44 SGB X
BG 35502//00 ██████████

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Be ██████████,
sehr geehrte Frau La ██████████,

mit Schreiben vom 27.02.2018 übersendeten Sie meinem damaligen Rechtsanwalt Dr. B ██████████ E ██████████ den beigefügten Abhilfebescheid im Widerspruchsverfahren gegen einen Versagungsbescheid vom 13.11.2017.

Entgegen Ihrer rechtsverbindlichen Zusage an RA E ██████████ haben Sie diesen Bescheid bis heute nicht umgesetzt und die zugesagten kompletten Leistungsansprüche für die Monate November 2017, Dezember 2017, Januar 2018 und Februar 2018 bis heute nicht ausgezahlt.

Dieser Abhilfebescheid wurde jedoch nie aufgehoben und ist somit nach wie vor bestandskräftig. Zudem hat RA E ██████████ nach eigener Aussage bestätigt, dass das Jobcenter Märkischer Kreis seine Rechtsanwaltsgebühren ordnungsgemäß erstattet hat. Durch diese Anweisung an RA E ██████████ suggerierten sie den Irrtum, dass die Umsetzung des Abhilfebescheids auch zur Ausgleichszahlung an mich ausgekehrt würde.

Zwei Kammern des Sozialgerichts Dortmund haben in den ER-Verfahren S 60 AS 240/19 ER am 11.03.2019 und S 38 AS 4794/19 ER am 25.10.2019 den Klagen zunächst anteilig stattgegeben und die Unterstellung einer Bedarfsgemeinschaft als nicht glaubhaft zurückgewiesen.

Die Beschwerde des Jobcenter Märkischer Kreis in dem erstgenannten Verfahren hat das LSG NRW in dem Beschluss L 7 AS 624/19 B ER vom 28.05.2019 zurückgewiesen und damit das erstinstanzliche Urteil bestätigt.

Zuvor hatte Frau Anja R. [REDACTED] am 16.05.2018 in dem Verfahren S 60 AS 2091/18 ER durch Vortäuschen falscher Tatsachen die Klageabweisung ^{beantragt} indem sie der Wahrheit zuwider Zweifel an der Eilbedürftigkeit erregte, obwohl dem Jobcenter Märkischer Kreis sehr wohl bekannt war, dass die EU-Rente in Höhe von 479,40 EUR zum 31.01.2018 ausgelaufen war.

Diese Falschaussage beeinflusste sowohl das Sozialgericht Dortmund und auch das LSG NRW zu Fehlentscheidungen.

Es wird der Antrag gestellt, die Anweisung der Kostennote für den Widerspruch gegen den Versagungsbescheid an RA E. [REDACTED] und die Verweigerung der Auszahlung aus dem Abhilfebescheid unter Nennung des Aktenzeichens schriftlich zu bestätigen.

Außerdem wurden die Weiterbewilligungsanträge für die Monate Juli und August nicht berücksichtigt. Es wird beantragt, die Allegro-Vermerke meiner Akte vollständig ab Januar 2016 zu übersenden, außerdem die Vermerke der Eingangszone über die dreimalige Einreichung meines Weiterbewilligungsantrags ab Juli 2019.

Es wird zu prüfen sein, ob und in welchem Umfang sämtliche verfahrensbeteiligten Personen privat haftbar gemacht werden können.

